

Die Ergebnisse der Wahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
II.	Das Parteien- und Wahlsystem in Rheinland-Pfalz.....	4
	a) Das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz bis zur Landtagswahl 2011	4
	b) Das Wahlsystem in Rheinland-Pfalz	6
	c) Ein kleiner Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz	6
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	9
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“	9
	b) Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der Landesregierung halten sich die Waage – absolute Mehrheit der SPD nicht mehr gewünscht	11
	c) Wahlentscheidende Themen und Kompetenzen der Parteien	12
	d) Die Kontroverse um die Stilllegung von Atomreaktoren	13
	e) Die Rolle von Parteiskandalen.....	14
	f) Persönlichkeitswerte / Interesse an der Landtagswahl	15
	g) Ansichten über die Parteien.....	17
IV.	Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen	19
	a) Auswirkungen auf den Bundesrat.....	19
	b) Der „Trend“ ist derzeit keine Genosse. Zwölf Thesen zu den Bestimmungsmomenten der Niederlage der LINKEN bei den Wahlen im Südwesten .	20
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse	23
	a) Die Wähler/-innenwanderung und die Mobilisierungsfähigkeit der Parteien.....	23
	b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses	25
	c) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses.....	26
	Wahlbericht / Die Autoren / Vorbehalt.....	27

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz führt voraussichtlich zu einem kleinen Regierungswechsel. Kurt Beck wird Ministerpräsident bleiben, aber eine Koalition mit den Grünen suchen (müssen). Ein Wahlverlierer bleibt Ministerpräsident. In Rheinland-Pfalz herrschte keine Wechselstimmung, Beck sollte durchaus bleiben, aber die Alleinregierung der SPD sollte beendet werden

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2011					
			SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE	Sonstige
Rheinland-Pfalz	%	61,8	35,7	35,2	15,4	4,2	3,0	6,4
	Sitze	101	42	41	18	0	0	0
Vorherige Landtagswahl								
Rheinland-Pfalz	%	58,2	46,6	32,8	4,6	8,0	2,6	-
	Sitze	101	53	38	0	10	0	-
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl								
Rheinland-Pfalz	%	3,6	-10,9	2,4	10,8	-3,8	0,4	-
	Sitze		-11	3	18	-10	-	-

Nur knapp hat es die alleinregierende **SPD** geschafft, die CDU auf Platz zwei zu verweisen. Sie gewinnt dabei sogar Stimmen von der CDU. Die SPD übertrifft ihr Bundestagswahlergebnis – jedoch hatte sie 2009 ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren. Sie blieb deutlich unter den Stimmzahlen von 2006 und 2005.

Wie so oft in der Wahlgeschichte der **CDU** seit 1987 kann sie ihre Bundesergebnisse nicht in Landesergebnisse ummünzen. Mit Frau Klöckner gelingt es der CDU, erstmals wieder auf Augenhöhe an die SPD heranzukommen, nachdem 2006 46% der eigenen Wähler/-innen die Auffassung vertraten, die Partei sei mit einem falschen Kandidaten zur Wahl angetreten. Sofern der CDU unter Klöckner eine Beendigung der jahrzehntelangen innerparteilichen Konflikte gelingen sollte, könnte die CDU sich Chancen ausrechnen, aus der Erbmasse der absehbaren Nach-Beck-Ära Wähler/-innen zu sich zu ziehen und wieder regierungsfähig zu werden.

Die **Grünen** sind die Wahlgewinnerin von Rheinland-Pfalz. Sie schaffen wieder den Sprung in den Landtag, mit einem in Rheinland-Pfalz einmalig guten Wahlergebnis, und sie werden aller Voraussicht nach Regierungspartei. Es gelingt ihnen so viele Stimmen wie noch bei keiner Wahl zuvor im Land einzusammeln und ihr Bundestagswahlergebnis deutlich zu übertreffen.

Dennoch bleiben die Grünen deutlich hinter dem Ergebnis im Nachbarland zurück. Ihre Stärke ist eine bundespolitisch geborgte Stärke, die keiner landespolitischen Grundlage Rechnung trägt, zumal die Partei in der vergangenen Wahlperiode außerparlamentarisch agieren musste, da sie 2006 den Einzug in den Landtag verpasste. Darauf ist deshalb hinzuweisen, weil verschiedentlich die Grünen bereits als neue Volkspartei ausgerufen werden, wofür das Ergebnis in Rheinland-Pfalz eindeutig kein Beleg ist.

Die **Wahlverlierer** in Rheinland-Pfalz heißen insbesondere **FDP** und **DIE LINKE**.

Erdrutschartig wie die Gewinne für die Grünen sind die Verluste für die **FDP**. Stimmt bei der Bundestagswahl noch 11,7% der Wahlberechtigten für die FDP, so jetzt nur noch 2,6%. Die Liberalen ziehen deshalb nicht wieder in den Landtag ein. Die Landespartei von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle wird zur außerparlamentarischen Partei.

DIE LINKE kann erneut an ihr gutes Wahlergebnis der Bundestagswahl 2009 (9,4%) nicht anknüpfen, verbessert zwar gegenüber dem WASG-Ergebnis von 2006, bleibt aber am Ende

deutlich unter 5% und verfehlt entsprechend ihr Wahlziel. Es ist ihr nicht gelungen, den Wählerinnen und Wählern in hinreichendem Maße zu erklären, warum DIE LINKE im Landesparlament vertreten sein muss. Die Schwierigkeiten des Wahlkampfes für eine landespolitisch wenig verankerte Partei zeigen sich etwa darin, dass 85% der LINKE-Anhänger finden, dass Kurt Beck seine Sache insgesamt „ganz gut“ gemacht habe.

Die **Wahlbeteiligung** ist auch in Rheinland-Pfalz wieder angestiegen. Zugewinne von vorherigen Nichtwählern erzielten vor allem Grüne, CDU und SPD.

Tabelle: Wahlergebnisse in RLP seit 2005 – Absolute Stimmen (Landesstimmen / Zweitstimmen)

	BTW05	LTW06	BTW09	LTW11	Veränderung LTW11/06	
					absolut	in v.H.
Wahlberechtigte	3.084.171	3.075.577	3.103.878	3.088.444	12.867	0,4%
Nichtwähler	656.190	1.284.505	870.330	1.180.244	-104.261	-8,1%
Wähler	2.427.981	1.791.072	2.233.548	1.908.200	117.128	6,5%
Gültige Stimmen	2.377.339	1.753.110	2.193.129	1.867.593	114.483	6,5%
CDU	877.632	574.329	767.487	658.211	83.882	14,6%
SPD	822.074	799.377	520.990	666.666	-132.711	-16,6%
Grüne	172.900	81.411	211.971	288.341	206.930	254,2%
FDP	278.945	140.865	364.673	79.363	-61.502	-43,7%
LP/WASG/LINKE	132.154	44.826	205.180	60.033	15.207	33,9%
Sonstige	93.634	112.302	122.828	114.979	2.677	2,4%

Quelle: hkahrs 2011

II. Das Parteien- und Wahlsystem in Rheinland-Pfalz

a) Das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz bis zur Landtagswahl 2011

Auch wenn Rheinland-Pfalz anders als das Land Baden-Württemberg nicht das Ergebnis einer Länderfusion ist, sondern Produkt alliierter Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland, hatten jedoch auch die dort zusammengeführten Landesteile, bestehend aus der früheren bayerischen Provinz Pfalz und den ehemaligen preußischen Rheinprovinzen und Regierungsbezirken Rheinhessen, Montabaur, Koblenz und Trier wenig gemeinsame Anknüpfungspunkte.

In Folge dessen waren, zur Stabilisierung des gemeinsamen Landes, die Parteien in der Gründungsphase des Landes und des spezifischen landespolitischen Parteiensystems bereit, in einer Allparteienregierung von CDU bis KPD tätig zu werden. Bereits ein Jahr später, im Jahre 1948, wurde die KPD im Hinblick auf die Ost-West-Spannungen aus der Landesregierung entlassen und zwischen 1948 und 1951 regierten CDU und SPD miteinander.¹

Wie auch in Baden-Württemberg kamen der CDU in der Gründungsphase des Parteiensystems die Vorteile der spezifischen Siedlungs- und Konfessionsstruktur des Landes zugute. *„Großstädtische Regionen mit industrieller Agglomeration und gewerkschaftlich gebundener Arbeitnehmerschaft traten seit jeher in Rheinland-Pfalz eindeutig hinter dem Anteil ländlicher Gemeinden zurück. Vor der politischen Vereinigung Deutschlands lagen mehr als 50% der Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern in Rheinland-Pfalz.“*²

Insbesondere der überdurchschnittliche Katholikenanteil, der bis in die 1990er Jahre über 50% lag – wenn der Anteil auch regional zwischen einem Anteil von 25% bis zu rund 90% schwankt – ist verantwortlich für die rund vier Jahrzehnte andauernde Dominanz der Christdemokraten in Rheinland-Pfalz.

Dominierte die CDU also im dünnbesiedelten und katholischen ländlichen Raum, gelang es der SPD umso stärker zu werden, je mehr die Siedlungsdichte zu- und der Anteil der Katholiken an der Wahlbevölkerung abnahm. Dieser Anteil war jedoch in der Gesamtstruktur des Landes nicht groß genug, um der CDU die Spitzenstellung ernsthaft streitig machen zu können.³

Dass es der CDU gelang, in den Jahren zwischen 1967 und 1987 nicht nur ihre dominante Stellung zu behaupten, sondern hegemoniale Kraft zu entfalten, ist laut Jun/Höhne jedoch nicht nur den beschriebenen soziostrukturellen Ursachen zuzuschreiben. In Rheinland-Pfalz wie in Baden-Württemberg gelang es der CDU, die Festigung der politischen Macht mit der Repräsentanz ausgesprochen erfolgreichen und als „Landesväter“ beliebten politischen Personals – zuerst Helmut Kohl und dann Bernhard Vogel – sowie einer innerparteilichen Organisationsreform zu verbinden, die den Parteiapparat zum Instrument der Machtsicherung und funktionierenden Wahlkampfmaschine werden ließ.⁴ Dadurch konnte die CDU weit über ihr bisheriges katholisch-dominiertes Klientel hinaus vermehrt in protestantische Wählermilieus vordringen. Die Situation für die SPD wurde unter dem Ministerpräsidenten Kohl insofern noch schwerer, als der *„pragmatische Regierungsstil Kohls, der zentrale Reformen jener Jahre wie die Verwaltungs-, Schul- und Hochschulreform parteiübergreifend durchsetzte und dabei die ebenfalls überwiegend pragmatisch orientierte Sozialdemokratie des Landes mit einbezog. Kohl verstand es zudem, die Rolle des bürgernahen Landesvaters hervorragend auszufüllen, (wobei) die CDU bei ihrem besten Ergebnis bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz überhaupt im Jahre 1975 von den bundespolitischen Ambitionen Kohls (,einen von uns zum Kanzler machen‘)*⁵ profitierte.

¹ Vgl. Uwe Juhn/Benjamin Höhne 2008, Das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 345f.

² Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 346.

³ Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., ebd.

⁴ Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 347f.

⁵ Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 347.

So sehr die CDU ihre Erfolge in den Jahren zwischen 1967 und 1987 eigenen Aktivitäten verdankte, umso sehr ist auch der Niedergang nicht nur christdemokratischer Hegemonie, sondern selbst christdemokratischer Dominanz bei den Wahlen zum Landtag und der Wechsel zu sozialdemokratischer Dominanz selbstverschuldet.

Es ist hier nicht der Raum, die seit dem Sturz Bernhard Vogels anhaltenden innerparteilichen Streitigkeiten der CDU in Rheinland-Pfalz darzustellen. Festzuhalten ist, dass in Folge der Notwendigkeit für die CDU, nach der Wahl 1987 einen Koalitionspartner finden zu müssen, diejenigen in der Landes-Union die Oberhand gewannen, die Vogel als Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten in Frage stellten und letztlich zum Rückzug zwangen. In Folge dessen erodierte die Mehrheitsfähigkeit der CDU aufgrund innerparteilicher Zerrissenheit. Bis nach der vergangenen Landtagswahl hatte sich die CDU von diesen Ereignissen der Jahre 1987/1988 nicht erholt.

Parallel zur Erosion der christdemokratischen Machtbasis vollzog die SPD unter dem Vorsitz von Rudolf Scharping ab Mitte der 1980er Jahre notwendige organisationspolitische Veränderungen, die zu einer Zentralisierung im Landesverband und der Abschaffung der Macht der bis dahin dominanten Bezirksverbände führten. Dadurch konnte die SPD wählerwirksamer und geschlossener auftreten. Rudolf Scharping entwickelte, ausgehend von der gemeinhin bürgerlich geprägten Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz, eine politische Strategie, die darauf ausgerichtet war, *„die SPD für traditionelle Wähler der CDU wie Mittelständler, Winzer, Landwirte und Handwerker zu öffnen, ohne die Parteiloyalitäten der Stammwähler zu gefährden. Er zielte darauf ab, im strukturell konservativen Rheinland-Pfalz die SPD zum einen in die Mehrheitsposition zu bringen, zum anderen diese durch koalitionspolitische Aktivitäten abzusichern, was er unter Einbezug der bürgerlichen Mittel in einer Regierungsbildung mit der FDP weitaus eher gewährleistet sah als mit den Grünen.“*⁶

Diese Strategie fruchtete bei der Landtagswahl 1991 in deren Folge die SPD eine sozialliberale Koalition bildete, die sie über die Wahlen 1996 und 2001 fortsetzte. Beide Parteien verfolgten dadurch das Ziel einer langfristigen Sicherung der Position als Regierungspartei.⁷ Der geräuschlose Wechsel von Rudolf Scharping zu Kurt Beck eröffnete letzterem die Möglichkeit, sich schnell, erfolgreich und nachhaltig Ansehen als populärer Landesvater in der Zustimmungstradition von Kohl und Vogel zu erarbeiten. Letztlich waren der Erfolg bei der Landtagswahl 2001 und die Erringung der absoluten Mehrheit 2006 für die SPD auf dem Beck-Bonus gebaut. Der kurze und erfolglose Ausflug in die Bundespolitik als SPD-Parteivorsitzender wurde ihm im Land nicht negativ ausgelegt, vielmehr unterstrich die Rückkehr in die Landespolitik sein Image der Bodenständigkeit. Dass weder dies noch der erwartbare Verlust der absoluten Mehrheit innerhalb der SPD in Rheinland-Pfalz eine Nachfolgedebatte ausgelöst hat, kann einerseits als Beweis sozialdemokratischer Stabilität gewertet werden, andererseits gerät die SPD im Land in die Gefahr, ihre Regierungsfähigkeit mit einem Weggang Becks zu verlieren. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die sozialdemokratische Dominanz im Land eine landespolitische Dimension hat, während kommunal und bundespolitisch die CDU weiterhin dominiert.

Aus den vorgenannten Darlegungen lassen sich zusammengefasst folgende Merkmale des rheinland-pfälzischen Parteiensystems benennen:

- Die Stärke der SPD in Rheinland-Pfalz ist eine landespolitische Stärke. Dort wird ihr Kompetenz und Regierungsfähigkeit zugesprochen. Auf kommunaler wie bundespolitischer Ebene dominiert weiterhin die CDU die politischen Verhältnisse, mit zum Teil erheblichen Unterschieden zur SPD. Diese Differenz ist auch aus anderen Ländern bekannt. Wir haben dies in verschiedenen Wahlkampfberichten aufgezeigt, nicht zuletzt am Beispiel Sachsen-Anhalt.⁸

⁶ Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 349.

⁷ Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 349.

⁸ Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011. Wahlkampfbericht und erste Analyse, ... S...

- Die gemeinsame Mobilisierungsfähigkeit und der Konzentrationsgrad der beiden Großparteien, SPD und CDU geht seit Mitte der 1980er Jahre zurück. Auch die Wahlbeteiligung nimmt tendenziell ab.⁹
- Die Liberalen bilden von jeher die drittstärkste Partei im Land – den Grünen gelang es zwar zwischen 1987 und 2006 ununterbrochen im Landtag vertreten zu sein, doch mit einem durchschnittlichen Anteil von 5,6% lagen sie jeweils hinter der FDP, die einen durchschnittlichen Wähleranteil von 8,5% auf sich verbuchen konnte.¹⁰
- Der Zustimmungsteil für sonstige Parteien auf zuletzt rund 7% führte nicht zu einer weiteren parlamentarischen Fragmentierung. Insgesamt ist in der Landesgeschichte neben den Grünen allein drei Parteien der jeweilige Einzug in das Landesparlament für eine begrenzte Zeit gelungen: Der KPD von 1947 bis 1951 (8 Mandate), der rechtsextremen Deutschen Reichspartei bei der Landtagswahl 1959 (1 Mandat) und der ebenfalls rechtsextremen NPD bei der Wahl 1967 (4 Mandate).¹¹

b) Das Wahlsystem in Rheinland-Pfalz

Seit der Wahlreform 1991 besteht der nunmehr alle fünf Jahre gewählte Landtag aus mindestens 101 Abgeordneten. Davon werden 51 Sitze in Einpersonwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben.

In den Wahlkreisen sind diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die die relative Mehrheit der abgegebenen Erststimmen erzielt haben. Für die Verteilung der Gesamtmandate nach Verhältniswahlgrundsätzen werden von der Ausgangszahl von 101 Sitzen diejenigen Wahlkreissitze abgezogen, die von Kandidat/-innen errungen wurden, die keiner zugelassenen Landesliste angeschlossen sind oder deren Landesliste die Fünfprozenthürde verfehlt hat.

Diese verbleibende Sitzzahl wird auf die Parteien, die die Fünfprozenthürde überspringen konnten, - wie in Baden-Württemberg – nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmenzahlen verteilt. Erhält hiernach eine Partei, auf die mehr als die Hälfte aller zu berücksichtigenden Zweitstimmen entfallen sind, nicht auch mehr als die Hälfte der zu vergebenden Mandate, so wird dieser Partei auf Kosten der anderen Parteien ein weiterer Sitz zugeteilt.

Von den so auf die Landesliste einer Partei entfallenden Sitzen werden die in den Wahlkreisen direkt errungenen Mandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden entsprechend der Reihenfolge der Bewerber/-innen auf der Landesliste vergeben. Bewerber/-innen, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt.

Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, verbleiben diese Sitze der Partei. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate.¹²

c) Ein kleiner Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz fand bei dieser Landtagswahl ein kleiner Regierungswechsel statt. Wir differenzieren in den Wahlnachtberichten hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regie-

⁹ Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 356.

¹⁰ Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., ebd.

¹¹ Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 345.

¹² Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/rheinland-pfalz.htm>. Letzter Zugriff am 20. März 2011.

rungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.

- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatik der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Tabelle: Zufriedenheitswert mit der Regierung und möglicher Regierungswechsel im Vergleich

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert	Regierungswechsel			Kommentar
			Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65%			X	
RP	2006	60%		X		
SL	2004	60%			X	
BW	2006	58%			X	
SN	2009	58%		X		
SN	2004	56%			X	
HE	2003	55%		X		
NI	2003	52%			X	
HH	2008	49%		X		
RP	2011	48%		X		
HE	1999	48%	X			
BY	2008	48%		X		
HB	2003	48%			X	
SH	2005	48%	X		X	Wechsel nach Simonis-Sturz
SL	2009	43%		X		
Bund	2009	43%		X		
BW	2011	42%	X			
TH	2004	41%		X		
NW	2005	41%	X			
TH	2009	40%		X		
HH	2004	39%	X			
HE	2009	39%			X	
HB	2007	38%	X			
BE	2006	38%			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37%		X		
ST	2006	36%		X		
HE	2008	36%	X			Wechsel kam nicht zustande
BB	2004	35%		X		
NI	2003	34%	X			
Bund	2005	25%	X			

Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WAHLREPORT, eigene Zusammenstellung.

In der Auswertung der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011 widmeten wir uns erstmals der Frage nach den Bestimmungsmomenten einer erfolgreichen Wechselstimmung. Wir konstatierten, dass das Entstehen einer Wechselstimmung nicht allein aus der Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung erklärt werden kann. Damit eine Wechselstimmung entsteht und sich durchsetzen kann, bedarf es folglich mehrerer Faktoren. Zudem differiert das jeweils landespolitische Niveau der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit, das zu einem vollständigen Regierungswechsel bzw. einem „kleinen Wechsel“ beitragen kann, stark.

Die vorstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und möglichen Regierungswechseln. In den ersten drei Spalten werden differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gliederung (Land oder Bund) dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht, wiederum gegliedert nach großem Wechsel, kleinem Wechsel und nicht vorgenommenem Wechsel.

Im Ergebnis ist zu konstatieren, dass in Rheinland-Pfalz

- eine Zustimmungsrate von 48% gegenüber der Landesregierung,
- gute Zustimmungswerte für den amtierenden Ministerpräsidenten und
- der Wunsch, dass der SPD ein Koalitionspartner an die Seite gestellt wird, der der Partei „auf die Finger schaut“, in Verbindung mit
- dem Wunsch nach einem „Denkzettel“ für die skandalgebeutelte Landespartei zu einem kleinen Regierungswechsels beigetragen haben.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

In den „Sonntagsfragen“ wurde ab April 2008 deutlich, dass die Beck-SPD die kommende Landtagswahl nicht mit einem erneuten Plus absolvieren würde, sondern sich auf Verluste einzustellen habe. Dabei war zu keinem Zeitpunkt von einer Machtübernahme durch die CDU auszugehen, vielmehr spiegelte sich in den Umfragen eher das Verhältnis zur SPD wieder. Insoweit war nach den Umfragen lange Zeit von einem kleinen Wechsel zurück zur sozial-liberalen Koalition auszugehen, denn die Grünen lagen bis zum April 2010 in der Regel hinter der FDP, die Werte von 8% bis 10% erreichte und damit sich im Mittel ihrer Landeswahlergebnisse bewegte. Erst im Herbst des vergangenen Jahres begann auch für die Grünen in Rheinland-Pfalz ein steiler Aufstieg in den Umfragen, der bundespolitisch geborgt war, da die Grünen als außerparlamentarische Opposition diese Werte nicht aus eigener Kraft im Land zu erreichen in der Lage waren.

Das Stimmungshoch zugunsten der Grünen hielt bis zur Wahl an und trug die Partei mit einem Stimmenzuwachs von 10,8% bei gesteigerter Wahlbeteiligung wieder in den Landtag, während die FDP erstmals seit 1983 nicht mehr im Landtag in Mainz vertreten ist. Die LINKE, denen im September 2008 Umfragewerte von 8% bescheinigt wurden, sanken in den Umfragen ab Mitte März auf 4% und verfehlten letztlich den Einzug in den Landtag um 2%.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ im Zeitverlauf 2006 bis 2011

		CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Sonst.
LTW 2006	26.03.2006	32,8	45,6	4,6	8,0	2,5	6,4
Infratest dimap	18.05.2006	31	43	5	11	2	7
Infratest dimap	13.07.2006	31	46	6	9	3	5
Forsa	17.08.2006	26	46	6	10	5	7
Psephos	20.09.2006	31	46	5	9	4	5
Infratest dimap	14.12.2006	31	43	7	11	2	6
Psephos	13.03.2007	31	46	6	8	3	6
Forsa	22.03.2007	29	45	6	9	4	7
Infratest dimap	26.04.2007	33	43	7	8	3	6
Forsa	26.04.2007	31	43	6	9	4	7
Infratest dimap	26.07.2007	36	43	6	6	5	4
Forsa	30.08.2007	34	40	5	8	6	7
Psephos	20.09.2007	33	43	5	9	-	10
Infratest dimap	13.12.2007	37	42	6	8	4	3
Psephos	18.12.2007	33	42	4,5	10	5,5	5
Psephos	13.03.2008	34	40	6	10	5	-
Infratest dimap	13.03.2008	37	39	7	8	7	2
Infratest dimap	10.04.2008	37	37	7	9	6	4
Psephos	19.06.2008	36	37	6	11	7	3
Infratest dimap	04.09.2008	38	36	6	10	6	4
Psephos	10.09.2008	35	38	5	11	7	4
Infratest dimap	18.09.2008	38	38	6	9	5	4
polis + sinus	24.11.2008	35	39	7	11	4	4
Infratest dimap	11.12.2008	35	36	8	12	5	4
Psephos	17.12.2008	34	41	6	11	5	3
Psephos	20.03.2009	32	38	8	13	4	5

		CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Sonst.
Infratest dimap	28.05.2009	36	36	7	12	5	6
Psephos	24.06.2009	31	38	7	13	5	6
Psephos	16.09.2009	33	36	7	14	6	4
Infratest dimap	17.09.2009	35	33	7	13	7	5
Infratest dimap	10.12.2009	38	32	9	10	6	5
Psephos	17.12.2009	36	36	7	11	4	6
Psephos	18.03.2010	34	39	7	10	5	5
Infratest dimap	22.04.2010	37	35	11	8	5	4
Psephos	22.06.2010	33	41	7	8	5	6
Psephos	16.09.2010	34	42	8	6	5	5
Infratest dimap	23.09.2010	34	36	16	4	5	5
Infratest dimap	09.12.2010	35	35	16	5	5	4
Psephos	14.12.2010	35	41	10	5	5	-
Emnid	19.12.2010	37	39	11	4	4	5
Infratest dimap	27.01.2011	37	37	13	5	5	3
FGW	04.02.2011	35	37	13	5	5	3
Emnid	06.02.2011	36	38	43	4	5	4
Emnid	13.02.2011	34	40	13	4	5	4
Infratest dimap	17.02.2011	36	38	12	5	4	5
Emnid	20.12.2011	35	38	12	5	5	5
Emnid	27.02.2011	36	38	12	5	5	4
Emnid	04.03.2011	34	40	11	5	5	5
Infratest dimap	10.03.2011	36	38	10	7	5	4
Emnid	12.03.2011	34	39	10	6	5	6
Psephos	15.03.2011	35	40	10	5	4	6
Infratest dimap	17.03.2011	36	36	13	5	4	6
FGW	18.03.2011	35	37	13	5	4	6
Emnid	20.03.2011	34	37	14	6	4	5
Emnid	25.03.2011	35	38	13	5	4	-

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/rheinland-pfalz.htm>

b) Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der Landesregierung halten sich die Waage – absolute Mehrheit der SPD nicht mehr gewünscht

Vergleicht man die Wahl in Rheinland-Pfalz mit derjenigen in Baden-Württemberg, werden die Bestimmungsgründe deutlich, warum Ministerpräsident Mappus aus der Staatskanzlei in Stuttgart ausziehen muss, während Kurt Beck weiterhin als Ministerpräsident in Mainz amtieren darf.

Trotz des letztlich rund 10 Prozentpunkte umfassenden Rückgangs im Wähler/-innenzuspruch konnte die Regierung Beck letztlich darauf verweisen, dass die Zufriedenheit und die Unzufriedenheit mit ihrer Arbeit sich in den Augen aller von Infratest dimap befragten Wahlberechtigten im Wesentlichen die Waage hielten. Dass, wie in nachstehender Tabelle ablesbar, die Anhänger/-innen der Oppositionsparteien im Land die Arbeit der Regierung kritischer einschätzten als die der SPD liegt in der Natur der Sache. Dass die Anhänger/-innen der Grünen die Tätigkeit der Landesregierung hingegen besser als der Durchschnitt der Wähler/-innenschaft bewerteten, ist nicht unmittelbar selbsterklärend.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung im Zeitvergleich

	sehr zufrieden / zufrieden			weniger zufrieden / gar nicht zufrieden		
	Sep `10	Jan `11	Mrz `11	Sep `10	Jan `11	Mrz `11
Gesamt	45	47	48	52	48	47
SPD-Anhänger/-innen	84	85	87	14	14	13
CDU-Anhänger/-innen	26	28	25	72	66	70
Grünen-Anhänger/-innen	51	52	47	48	46	49
FDP-Anhänger/-innen	12	30	26	80	61	72
LINKE-Anhänger/-innen	26	45	24	73	55	74

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend

Auf die Frage von Infratest dimap, gerichtet an die wahlberechtigten Rheinland-Pfälzer/-innen, welche Partei nach der Landtagswahl die Landesregierung stellen sollte, antworteten im März 2011, zwei Wochen vor der Landtagswahl, 45% der Befragten, dass die kommende Landesregierung SPD-geführt sein solle. Knapp jeder dritte Befragte (34%) gab an, dass die Union die nächste Landesregierung führen solle.

Tabelle: SPD- oder CDU-geführte Landesregierung nach Parteianhängern

	SPD-geführt	CDU-geführt
Gesamt	45	34
SPD-Anhänger/-innen	97	1
CDU-Anhänger/-innen	1	91
Grünen-Anhänger/-innen	75	7
FDP-Anhänger/-innen	11	80

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend

Dementsprechend gestalteten sich auch die Koalitionspräferenzen der Wähler/-innen in Rheinland-Pfalz. Befragt von Infratest dimap votierte die jeweils größte Gruppe der Wahlberechtigten für ein Bündnis aus SPD und CDU. Die Wiederaufgabe der sozial-liberalen Koalition, dem lange Zeit von Kurt Beck präferierten Regierungsmodell (s.o.) erteilten die Befragten eine deutliche Abfuhr. Eine Alleinregierung der SPD erhielt in etwas so viel Zustimmung im September 2010 und März 2011 wie ein schwarz-gelbes Bündnis.

Weitere koalitionspolitische Experimente hielten die Rheinland-Pfälzer/-innen der Befragung nach für möglich, aber nicht für notwendig, wie nachstehende Tabelle zeigt.

Tabelle: Regierungs- bzw. Koalitionspräferenzen im Zeitvergleich (LänderTREND)

	Sep 2010	Jan 2011	Feb 2011	Mrz 2011
SPD + Grüne	24	22	22	17
SPD + CDU	13	13	11	8
CDU + FDP	10	11	14	14
SPD allein	12	9	10	13
CDU allein	9	7	7	9
CDU + Grüne	4	4	4	4
SPD + FDP	4	3	4	5
SPD + Grüne + LINKE	2	1	2	3
andere Koalition	4	6	3	2

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalzt/laendertrend

c) Wahlentscheidende Themen und Kompetenzen der Parteien

Befragt nach den für das Land Rheinland-Pfalz wichtigsten zu lösenden Probleme benannten – anders als in Baden-Württemberg – die Wahlberechtigten das Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr als vordringlichstes Thema, mit Abstand gefolgt von der Bildungspolitik.

Tabelle: Wichtigste Probleme im Land im Zeitvergleich

	April 2010	September 2010
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	44	38
Bildung / Schule / Ausbildung	27	29
Wirtschaftliche Situation	14	11
Haushaltslage / Verschuldung des Staates	8	9
Soziale Ungerechtigkeit	4	7
(zu viele) Ausländer	2	6
Familienförderung / -politik	7	5
Umweltverschmutzung / -probleme / Klima	4	5

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalzt/laendertrend

Setzt man diese Werte des Jahres 2010 ins Verhältnis zu den von Infratest dimap im unmittelbaren Vorfeld der Landtagswahl ermittelten Benennungen wahlentscheidender Themen, so wird eine deutliche inhaltliche Verschiebung ersichtlich.

Die Bedeutung des Themenfeldes Schul- und Bildungspolitik (26%) nimmt im Vergleich zum Thema Energie-, Umwelt- und Atompolitik (38%) ab und den Rang 3, noch nach der Wirtschaftspolitik (32%) ein. Auf Rang 4 folgt das Thema Soziale Gerechtigkeit, das jeder vierte befragte Wahlberechtigte als wahlentscheidend benennt.¹³

Der Bedeutungszuwachs der Energie-, Umwelt- und Atomthematik ist sicherlich der in Folge der japanischen Atomkrise auch in Deutschland an Fahrt gewonnenen Debatte um die Zukunft der sieben ältesten deutschen Atommeiler sowie der Kritik am Ausstieg von schwarz-gelb aus dem Atomausstieg geschuldet. Darauf wird nachstehend noch eingegangen werden.

Ebenfalls am Wahlabend veröffentlichte infratest dimap eine Darstellung der Kompetenzen der Parteien aus Sicht der Wahlberechtigten. Anders als im ca. zwei Monate später erscheinenden WahlREPORT wurden bei dieser Darstellung nach Parteien nur ausgewählte Kompetenzfelder veröffentlicht, wie nachstehende Tabelle zeigt. Die SPD kann bei den Kompetenzfeldern zulegen, während die Ergebnisse der CDU ambivalent sind. Die FDP sind in der Kompetenzzuschreibung ab, während die Grünen insbesondere in der Umweltpolitik zulegen können.

¹³ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-RP/umfrage-wahlentscheidend.shtml>.

Tabelle: Kompetenzen der Parteien

	SPD		CDU		Grüne		FDP	
	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006
Wirtschaft	41	35	37	35	-	-	5	12
Arbeitsplätze	44	33	34	31	-	-	3	7
Gute Bildungspolitik	45	40	33	37	6	3	-	-
Gute Familienpolitik	-	-	-	-	10	6	-	-
Gute Umweltpolitik	-	-	-	-	58	49	-	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kompetenz.shtml>.

Soll herausgefunden werden, welche Themen die Wähler/-innen der Parteien tatsächlich als wahlentscheidend für ihre Stimmabgabe ansahen, ist es sinnvoll auf diejenigen Daten zuzugreifen, die von Infratest dimap stichprobenartig nach dem Wahlgang am Wahlsonntag erhoben wurden.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen der Wähler/-innen nach Parteien

	SPD	CDU	Grüne	Grüne neu	FDP	Ex-FDP	LINKE
Wirtschaftspolitik	29	43	13	13	60	30	21
Bildungspolitik	28	27	24	22	25	21	-
Arbeitsmarktpolitik	-	18	-	-	20	-	29
Umwelt- und Energiepolitik	37	21	84	83	21	39	37
soziale Gerechtigkeit	32	-	27	28	-	21	44

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-RP/umfrage-wahlentscheidend.shtml>.

d) Die Kontroverse um die Stilllegung von Atomreaktoren

Auch in den rheinland-pfälzischen Wahlkampf wirkte das Themenfeld „Zukunft der Atomenergie“ hinein, auch wenn die Bedeutung in Rheinland-Pfalz aufgrund der geringeren persönlichen Involvement Becks im Vergleich zu Mappus deutlich niedriger als im südlichen Nachbarland lag.

Infratest dimap hatte im Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz danach gefragt, wie die Debatte über die Atomkraft in den beiden Ländern wahrgenommen wird.

Die Ergebnisse beider Länder unterscheiden sich nicht wesentlich. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass schwarz-gelb bescheinigt wurde, die Sorgen der Bürger/-innen bezüglich der Risiken der Atomkraft lange Zeit nicht ernst genug genommen zu haben. Diese Auffassung vertraten Dreiviertel aller Befragten. Dass die neue Haltung der Bundesregierung in der Atompolitik eher wie ein Wahlkampfmanöver denn als echter Kurswechsel wirke, vertraten mehr als zwei Drittel der Befragten.

Tabelle: Diskussion über Atomkraft in Deutschland – Vergleich BW / RP

	Stimme eher zu		Stimme eher nicht zu	
	RP	BW	RP	BW
CDU und FDP haben beim Thema Atomkraft die Sorgen der Bürger/-innen lange nicht ernst genommen.	75	77	20	18
Ich finde den Vorschlag von SPD und Grünen richtig, die sieben ältesten Atommeiler jetzt sofort komplett stillzulegen.	74	71	24	27
In den Kurs von Union und FDP richtig, die sieben ältesten AKWs vorübergehend stillzulegen und dann gründlich zu prüfen, wie es weitergeht.	70	69	27	28
Die neue Haltung der Bundesregierung in der Atompolitik wirkt auf mich eher wie ein Wahlkampfmanöver als ein echter Kurswechsel.	70	68	25	27
Die Grünen haben die Risiken der Kernkraft besser eingeschätzt als andere Parteien.	59	61	36	34
Bundeskanzlerin Merkel zeigt nach der Atom-Katastrophe in Japan Führungsstärke.	50	47	45	45

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/baden-wuerttemberg/laendertrend sowie www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend

Befragt von Infratest dimap, inwieweit die Atompolitik für die Wahlentscheidung wichtig sei, antworteten 70% der Grünen-Wähler/-innen mit „ja“, 56% der SPD-Wähler/-innen, 47% von der FDP und 39% von der CDU.¹⁴

Unabhängig von Präferenzen für einzelne Parteien gaben Befragte Wähler/-innen an, dass sie zu 47% den Grünen den richtigen Umgang mit der Atomkraft zutrauen, zu 21% der SPD und zu gerade einmal 15% der CDU.¹⁵

e) Die Rolle von Parteiskandalen

Sowohl die SPD als auch die CDU waren im Vorfeld und Verlauf des Wahlkampfes mit Skandalen konfrontiert, die jeweils durch die andere Partei zum Gegenstand parlamentarischer und parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht wurden.

Gleich zwei Untersuchungsausschüsse im Landtag beschäftigten sich mit diesem Erbe der beiden Großparteien. Der wurde eingerichtet, zum Zweck der Aufklärung der Affäre um die von der Landesregierung von Kurt Beck (SPD) zu verantwortende windige Finanzierung des Freizeitparks am Nürburgring. Der andere befasst sich mit der illegalen Verschiebung von Steuergeld von der Fraktions- in die Parteikasse der CDU.¹⁶

Mit der Affäre Billen verbindet sich zudem zweierlei. Längere Zeit war es der Union gelungen, in der Nürburgring-Affäre die SPD vor sich herzutreiben, bis der christdemokratische Landtagsabgeordnete Michael Billen in den Fokus der Kritik geriet. Denn Billen schöpfte Ende 2009 illegal Daten aus dem Polizeilichen Informationssystem (Polis) ab - über seine Tochter, die Kriminalkommissarin war.¹⁷ Als nachteilig für die Landes-CDU und deren Spitzenkandidatin Klöckner ergab sich, dass der Versuch den Skandal-Abgeordneten Billen an einer erneuten Kandidatur für den Landtag zu hindern, deutlich scheiterte.

Infratest dimap hatte deshalb nachgefragt, inwieweit diese landespolitischen Affären der beiden Großparteien Einfluss auf die Wahlentscheidung hätten.

¹⁴ <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-RP/umfrage-wahlentscheidend.shtml>.

¹⁵ <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-RP/umfrage-kompetenz.shtml>.

¹⁶ Vgl. Klaus-Peter Klingelschmitt 2011, Im Land der Skandale. Wahlkampf in Rheinland-Pfalz, in: taz. <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/im-land-der-skandale/>.

¹⁷ Vgl. Klaus-Peter Klingelschmitt 2010, Die dreisten Hacker der Union, in: taz.

<http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/die-dreisten-hacker-der-union/>

Tabelle: Bedeutung landespolitischer Affären für die Wahlentscheidung nach Parteianhänger/-innen

	Sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
Gesamt	20	35	29	14
SPD-Anhänger/-innen	12	31	40	17
CDU-Anhänger/-innen	18	37	26	18
Grünen-Anhänger/-innen	23	35	31	10
FDP-Anhänger/-innen	20	42	11	15
LINKE-Anhänger/-innen	45	44	11	0

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend

Darüber hinaus ermittelte Infratest dimap in der gleichen Umfrage, ob diese Skandale für die jeweilige Partei von Nachteil sein würde. Jeder zweite der insgesamt Befragten gab an, dass diese Vorgänge den beiden Parteien „etwas“ schaden würde. Jeweils jeder Fünfte ging von einer starken Schadenswirkung bzw. ausbleibender Wirkung aus.

Tabelle: Schaden von Parteiskandalen (Billen / Nürburgring) für die jeweilige Partei nach Parteianhängern

	Schaden der Nürburgring-Affäre für die SPD			Schaden der Billen-Affäre für die CDU		
	schadet sehr stark	schadet etwas	keine große Wirkung	schadet sehr stark	schadet etwas	keine große Wirkung
Gesamt	21	55	20	22	55	19
SPD-Anhänger/-innen	11	67	19	23	61	13
CDU-Anhänger/-innen	32	44	19	14	62	19
Grünen-Anhänger/-innen	16	62	20	18	51	29
FDP-Anhänger/-innen	40	30	30	18	66	16
LINKE-Anhänger/-innen	35	48	14	29	21	50

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend

Bezeichnend für die SPD und ihren Ministerpräsidenten ist, dass im Profilvergleich der Kandidaten von SPD und CDU um das Ministerpräsidentenamt, dem Amtsinhaber mit 11% bescheinigt wurde, weniger Skandale im Nacken zu haben als seine Herausforderin, während rund zwei Drittel der Befragten (64%) Frau Klöckner weniger Skandale bescheinigten.

f) Persönlichkeitswerte / Interesse an der Landtagswahl

Nachdem die CDU bei den vergangenen beiden Wahlen den damaligen Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Christoph Böhr zum Ministerpräsidentenkandidaten gekürt hatte, wurde diese Rolle im Wahlkampf 2011 durch die parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Julia Klöckner ausgeübt.

Tabelle: Direktwahl des Ministerpräsidenten Beck vs. Klöckner (LänderTREND)

	Kurt Beck				Julia Klöckner				Keinen von Beiden			
	Jan	Feb	Mrz	Mrz II	Jan	Feb	Mrz	Mrz II	Jan	Feb	Mrz	Mrz II
Gesamt	50	53	50	49	34	34	33	33	6	6	7	8
SPD-Anhänger/-innen	89	88	93	93	7	11	5	4	1	0	1	-
CDU-Anhänger/-innen	19	20	17	15	73	76	80	81	0	1	1	1
Grünen-Anhänger/-innen	64	68	73	54	28	22	19	20	3	7	5	21
FDP-Anhänger/-innen	32	38	34	28	66	49	50	60	2	9	13	2
LINKE-Anhänger/-innen	79	-	46	-	13	-	35	-	8	-	19	-

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalz/laendertrend

Anders als im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg, wo sowohl der SPD- als auch der Grünen-Kandidat ungefähr gleichauf mit dem CDU-Amts-inhaber lagen, hatte die CDU-Herausforderin zu keinem Zeitpunkt im Verlauf dieses Jahres die Chance, an die Persönlichkeitswerte des SPD-Ministerpräsidenten anzuschließen. Und dies obwohl die Persönlichkeitsbewertungen für Beck im Vergleich zu 2006 spürbar nachgelassen hatten.

Die Forschungsgruppe Wahlen fasst dies wie folgt zusammen: „Kurt Beck (SPD) wird erneut im Amt bestätigt, auch wenn sein Ansehen in dieser Amtsperiode gelitten hat. Ausgehend von einer außergewöhnlich guten Ausgangsposition mit einem Imagewert von 2,7 auf der +5/-5-Skala im Jahr 2006, verschlechtert sich sein Ansehen nun auf einen immer noch guten Wert von 1,8, seine Herausforderin von der CDU, Julia Klöckner kommt auf 1,3. Auch Becks Leistungsbilanz ist nicht mehr ganz so glänzend: 72 Prozent aller Befragten bescheinigen Beck eine gute Arbeit, 2006 waren es 83 Prozent. Bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten sprechen sich jetzt 52 Prozent für Beck aus, 35 Prozent für Klöckner. Vor fünf Jahren war der Abstand noch bedeutend größer: 63 Prozent wünschten sich Beck, 20 Prozent den damaligen CDU-Spitzenkandidaten Böhr. Seiner Herausforderin ist Beck in fast allen politischen und persönlichen Eigenschaften überlegen. Nur bei den Sympathiewerten liegt Klöckner fast gleichauf mit ihm.“¹⁸

Diese Feststellung wird durch weitere Erhebungen von Infratest dimap gestützt. In den Kategorien „führungsstärker“ (75% zu 12%) und „glaubwürdiger“ (44% zu 32%) kann sich Beck gegen Klöckner behaupten.¹⁹

In der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit erreicht Frau Klöckner (44%) zwei Drittel des Wertes von Beck (66%). Dass die SPD ohne Kurt Beck keine Chance bei der Landtagswahl hätte, nahmen 65% der Befragten von Infratest dimap an. Im Jahre 2006 bejahten dies noch drei Viertel der Befragten. Dieses Ergebnis kann sowohl als Konsolidierung der SPD im Sinne einer gewissen Emanzipation von ihrem Ministerpräsidenten gewertet werden, woran der kurze und tragische Ausflug von Beck in die Bundespolitik ihren Anteil gehabt haben dürfte, sowie als Zeichen für den einsetzenden politischen Herbst des Ministerpräsidenten, der damit beginnen sollte, den Hof zu bestellen und die Erbfolge zu klären.

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte zudem, dass 72% der Befragten meinten, Kurt Beck mache „seine Sache eher gut“. Bezogen auf die Partei-Anhänger/-innenschaft verfügt Beck über Zustimmungswerte von 96% bei den SPD-Anhänger/-innen. Dies überrascht nicht wirklich. Dass die LINKE-Anhänger/-innen jedoch zu 85% der Auffassung sind, der Landesvater mache seine Sache eher gut, ist bezeichnend im Hinblick auf das letztlich erfolglose Bemühen, den eigenen Einzug in den Landtag zu legitimieren.

Für ein Drittel der SPD-Wähler die Person Beck entscheidend für die Stimmabgabe.²⁰ Dies sind 8% weniger als bei der Landtagswahl 2006.²¹ Für 30% der CDU-Wähler/-innen war Klöckner als Person maßgeblich. Vor dem Hintergrund, dass 2006 noch 57% aller Wahlberechtigten der CDU attestierten, den falschen Kandidaten nominiert zu haben und diese Auffassung von 46% der CDU-Anhänger/-innen geteilt wurde,²² kann dies bereits als Fortschritt für die Union gesehen werden.

70% der Befragten meinen darüber hinaus, dass die SPD und Kurt Beck das Land in 20 Jahren Regierungszeit vorangebracht haben. 65% glauben, dass die SPD ohne Kurt Beck keine Chance hätte. Jedoch ist der Beck-Faktor nicht ungetrübt: 81% meinen, dass Beck einen Koalitionspartner brauche, „der ihm auf die Finger schaut“ und dass die SPD „wegen der vielen Skandale einen Denkzettel verdient“. Das sagen im Übrigen auch 51% über die

¹⁸ http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Rheinland-Pfalz/.

¹⁹ <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-RP/umfrage-kandidat.shtml>.

²⁰ <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-RP/umfrage-kandidat.shtml>.

²¹ Vgl. Heiko Gothe 2007, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26. März 2006: „König Kurt“ erringt die absolute Mehrheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1/2007, S. 47.

²² Gothe 2007, a.a.O., ebd.

CDU. „Der Wähler“ wollte also die Alleinregierung der SPD beenden, aber nicht unbedingt den Ministerpräsidenten wechseln.

Eine Aufschlüsselung des Interesses an der Landtagswahl erbrachte folgendes Ergebnis.

Tabelle: Interesse an der Landtagswahl nach Parteianhängern (LänderTREND März II)

	Sehr stark / stark	weniger stark / gar nicht
Gesamt	64	36
SPD-Anhänger/-innen	77	23
CDU-Anhänger/-innen	73	27
Grünen-Anhänger/-innen	78	22
FDP-Anhänger/-innen	72	28

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/rheinland-pfalzt/laendertrend

g) Ansichten über die Parteien

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Kompetenzen der Parteien, die politisch relevanten Themen betrachtet bzw. verglichen wurden, setzt sich dieser Abschnitt mit Ansichten der Wähler/-innen über die zur Wahl stehenden Parteien auseinander.

Bevor die Sichtweise auf die Parteien in Rheinland-Pfalz, ermittelt durch Infratest dimap, dargelegt wird, wird auf eine Erhebung des genannten Instituts im Rahmen des DeutschlandTRENDS verwiesen. Hierbei wurde erfragt, inwieweit die Deutschen Kenntnis von den durch die Parteien vertretenen Positionen haben.

Tabelle: Kenntnis der Positionen der Parteien (DeutschlandTREND Februar 2011)

	Kenne ich		Kenne ich nicht	
	Apr`08	Feb`11	Apr`08	Feb`11
der CDU	64	55	-	43
der SPD	54	50	-	48
der FDP	46	38	-	60
der LINKE	43	36	-	62
der Grünen	58	60	-	38
der CSU	47	34	-	63

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Deutschland/

Die vorstehende Tabelle macht deutlich, dass die Kenntnis der von den Parteien vertretenen Positionen mit Ausnahme der Grünen durchgängig zwischen April 2008 und Februar 2011 abgenommen hat. Dabei bestehen zwischen den Parteien durchaus Unterschiede. Wenn jedoch die Kenntnis der Positionen der LINKEN mit 43% bereits insgesamt am wenigsten stark ausgeprägt ist, fällt eine Abnahme um 7% möglicherweise stärker ins Gewicht als die 11% der CDU, wenn im April 2008 rund zwei Drittel aller Befragten angaben, mit den Positionen der CDU vertraut zu sein und im Februar 2011 immerhin noch mehr als jeder Zweite.

Die nachfolgende Tabelle stellt, basierend auf vorgegebenen Fragen von Infratest dimap, Sichtweisen auf die Parteien in Rheinland-Pfalz dar. Hierbei ist zu beachten, dass der vorgegebene Fragerahmen eine Kanalisierung der Sichtweisen darstellt. Eine offene Fragestellung hätte sicherlich über diesen Rahmen hinausgehende Sichtweise zur Folge.

Tabelle: Aussagen zu den Parteien

	SPD	CDU	FDP	Grüne	LINKE
braucht Koalitionspartner, der ihr auf die Finger schaut	81	-	-	-	-
hat wegen der vielen Skandale einen Denkkettel verdient	52	51	-	-	-
hat bei der Atomkraft die Sorgen nicht ernst genommen	-	85	80	-	-
hat mit Julia Klöckner die richtige Spitzenkandidatin	-	52	-	-	-
ist nach langer Zeit eine ernsthafte Alternative zur SPD	-	52	-	-	-
kümmert sich zu stark um bestimmte Wählergruppen	-	-	78	-	-
fordert nicht finanzierbare Steuererleichterungen	-	-	74	-	-
ihr fehlt hier eine Führungsfigur wie Rainer Brüderle	-	-	63	-	-
haben die Kernkrafttrisiken besser als andere eingeschätzt	-	-	-	79	-
kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen	-	-	-	74	-
ich fände es gut, wenn sie an der Regierung beteiligt wären	-	-	-	63	-
kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze	-	-	-	60	-
bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	-	-	-	-	32
löst zwar keine Probleme, nennt Dinge aber beim Namen	-	-	-	-	71
ihre Vorstellungen sind unrealistisch und nicht finanzierbar	-	-	-	-	79

Quelle: <http://wahlarchiv.tageschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aussagen.shtml>.

Es ist hier nicht der Platz, die Tabelle insgesamt zu bewerten. Deshalb soll allein für die LINKE festgehalten werden, dass nur knapp ein Drittel der Befragten der LINKEN zugestimmt, sich am stärksten um sozialen Ausgleich zu bemühen. Dass die Vorstellungen der LINKEN unrealistisch und nicht finanzierbar seien meinen fast 80% der Befragten. Dass die LINKE zwar keine Probleme löse, aber die Dinge wenigstens beim Namen denken immerhin 71% der Befragten und liegen damit ungefähr auf dem Niveau der auch in früheren Wahlumfragen von Infratest dimap gemessenen Werten zu dieser Frage – unabhängig ob in Ost- oder Westdeutschland. Wir hatten u.a. im Zusammenhang mit der Wahlanalyse für Brandenburg sowie Thüringen im Jahr 2009 darauf hingewiesen, dass die naheliegende Interpretation dieser Antwortmöglichkeit zu hinterfragen sei.

Entgegen der Annahme, dass in der Antwort eine Positionierung dahingehend enthalten sei, dass der LINKEN auch nicht zugetraut wird, die Probleme, die sie benennt zu lösen, schlossen wir aus der Verknüpfung der Antwort auf diese Frage und der Tatsache, dass in den beiden genannten ostdeutschen Ländern eine Regierungsbeteiligung der LINKEN durchaus gewünscht sei, auch angenommen werden kann, dass es sich hierbei zumindest zu einem relevanten Teil um eine sachliche Feststellung handelt: Sie nennt die Dinge beim richtigen Namen, doch löst sie die Probleme noch nicht. Wozu sie die Möglichkeit erhält, z.B. durch ausreichende Ausstattung mit Stimmen für die Beteiligung (Brandenburg, Berlin) oder Federführung in einer Landesregierung (Thüringen, Sachsen-Anhalt).²³

²³ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2009, Die Landtagswahl in Thüringen 2009. Wahlbericht und erste Analyse: <http://wahlanalysen.wordpress.com/2009/08/31/die-landtagswahl-in-thuringen-2009/> sowie Diess. 2009, Die Landtagswahl in Brandenburg vom 27. September 2009. Wahlbericht und erste Analyse: <http://wahlanalysen.wordpress.com/2009/09/28/die-landtagswahl-in-brandenburg-vom-27-september-2009/>.

IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen

a) Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg hat spürbare Auswirkungen auf die Stimmverhältnisse im Bundesrat. Das Mitte-Links-Lager wird um weitere sechs Stimmen in Folge des großen Regierungswechsels in Baden-Württemberg gestärkt. Der kleine Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz verursacht keine Auswirkungen. Das Mitte-Links-Lager verfügt nunmehr über dreißig Sitze, bestehend aus:

- den bislang und künftig rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Baden-Württemberg (6), Rheinland-Pfalz (4) und Bremen (3),
- den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg (jeweils 4) und
- der SPD-Alleinregierung in Hamburg (3).

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

Land	Stimmen	Schwarz-Rot Große Koalition	Rot-Schwarz	Schwarz-Gelb	SPD-Allein	Rot-Rot	SPD-Grüne Rot-Grün	Grüne-SPD	Jamaika
BW								6	
BY	6			6					
BE	4					4			
BB	4					4			
HB	3						3		
HH	3				3				
HE	5			5					
MV	3		3						
NI	6			6					
NW	6						6		
RP	4						4		
SL	3								3
SN	4			4					
ST	4	4							
SH	4			4					
TH	4	4							
Gesamt	69	8	3	25	3	8	13	6	3
		11					19		

Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 verfügen Union und FDP im Bundesrat über keine Mehrheit mehr. Die von ihnen regierten Länder stellen seit den Wahlen vom 27. März zusammen noch 25 der insgesamt 69 Stimmen.

Das „neutrale“ Lager hat – sofern im Ergebnis der schwarz-roten Sondierungen in Sachsen-Anhalt ein Bündnis aus CDU und SPD gebildet werden sollte – 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar.

Ein Bündnis als SPD und LINKEN in Sachsen-Anhalt, das rechnerisch möglich ist, könnte das „neutrale“ Lager zugunsten des rot-rot-grünen Lagers um vier Sitze reduzieren. Eine tatsächliche rot-rot-grüne Alternative im Bundesrat zur schwarz-gelben Bundesregierung wäre auch dies nicht, doch es könnte – im Falle eines Regierungswechsels in Mecklenburg-Vorpommern eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat ab dem Herbst 2011 ermöglichen.

b) Der „Trend“ ist derzeit keine Genosse. Zwölf Thesen zu den Bestimmungsmomenten der Niederlage der LINKEN bei den Wahlen im Südwesten

In den Ausgaben des DeutschlandTRENDS der Monate Februar und März 2011 hatte sich Infratest dimap der Frage nach den Erfolgsaussichten der Parteien bei den im Jahr 2011 stattfindenden Wahlen gewidmet.

Sowohl der LINKEN als auch der FDP gegenüber äußerten sich die Befragten eher skeptisch hinsichtlich deren Erfolgsaussichten. Die FDP hielten vier von fünf Befragten für weniger bzw. gar nicht erfolgreich. Bei der LINKEN äußerten sich mehr als zwei Drittel skeptisch, während ein Viertel der Befragten annahm, die LINKE würde erfolgreich oder sogar sehr erfolgreich sein. Diese Bewertung war ein Warnsignal im Vorfeld der Landtagswahlen im Südwesten.

Tabelle: Erfolgsaussichten der Parteien bei den Wahlen 2011 (DeutschlandTREND Feb/Mrz)

	sehr erfolgreich / erfolgreich		weniger / gar nicht erfolgreich	
	Feb`11	Mrz`11	Feb`11	Mrz`11
CDU	44	36	54	62
SPD	44	66	53	30
FDP	14	16	83	81
LINKE	28	26	68	70
Grüne	72	62	26	36

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/deutschlandtrend

1. „Der Trend“ ist derzeit kein Genosse. Die Themen „Arbeitslosigkeit“ und „soziale Gerechtigkeit“ stehen aktuell nicht auf den vorderen Plätzen der öffentlichen politischen Agenda. Symptomatisch dafür ist, dass sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Baden-Württemberg beide Themen erheblich an Gewicht verloren haben und 2011 weit hinter anderen Themen rangierten.
2. In beiden Ländern ist das Image der LINKEN auf der Skala von +5 bis -5 mit einem Wert von jeweils -2,7 eindeutig negativ. Die Partei DIE LINKE. nimmt damit in den Augen der Gesamtbevölkerung eine Außenseiterinnen-Rolle ein – und damit auch ihre Wähler/-innen. Dies muss nicht zwingend von Nachteil sein, doch offensichtlich gab die Stimmung in beiden Ländern bei dieser Wahl Außenseiterinnen keine echte Chance.
3. Beide Landtagswahlen standen unter dem Eindruck der japanischen Dreifach-Katastrophe aus Erdbeben, Tsunami und AKW-Unfällen. Die Umwelt- und Energiepolitik dominierte die letzten Wahlkampfwochen. Nicht nur die seit jeher bestehende Hegemonie der Grünen in der Umweltpolitik und ihre auf allen Ebenen jeweils höchsten Kompetenzwerte bei diesem Themenfeld, sondern auch das Agieren der Bundesregierung (Moratorium) bestätigten im Nachhinein die Grünen als die Partei, denen man am ehesten zutraut den Atomausstieg durchsetzen zu können. Die Grünen lagen also im Prinzip richtig – das unterstrich letztlich auch DIE LINKE, die sich von ihrer ökologischen Konkurrenz allein durch die Forderung nach dem sofortigen und unmittelbaren Atomausstieg unterschied. Also dem radikaleren bzw. konsequenteren Atomausstieg. Der LINKEN gelang es dabei aber nicht, das Thema Energie- und Umweltpolitik mit ihrem Kompetenzkern Soziale Gerechtigkeit zu verknüpfen. Dass diese Verbindung nicht gelang und es zugleich eine Partei gab, auf die „der Trend“ zulief, führte zum Paradox, dass die LINKE durch eigenes Handeln Gefahr lief, die Wähler/-innenbewegung in Richtung Grüne selbst zu unterstützen. Die Zahlen aus Baden-Württemberg sprechen dafür, dass genau

- das geschehen sein könnte: Für die Wähler/-innen der LINKEN hatte „soziale Gerechtigkeit“ wahlentscheidende Priorität, aber das politische Wirkungsfeld des Themas engte sich mit der Ausbreitung des Umwelt- und Energiethemas immer weiter ein.
4. In beiden Ländern musste DIE LINKE aus der außerparlamentarischen Opposition heraus agieren. In großen Flächenländern, zudem mit einer traditionell konfessionell, bürgerlich-ländlichen Bevölkerung stellt das eine enorme Herausforderung an die Parteistrukturen und –organisation dar, zuweilen eine Überforderung. Hinzu kam das Wahlrecht, dass in Baden-Württemberg eine Personenwahl notwendig macht, um eine Partei zu wählen.
 5. In beiden Ländern, mehr noch in Rheinland-Pfalz, besitzt die Partei kaum landespolitische Erfahrung und Referenzen. Aus dem Umfeld konnte sie weniger Unterstützung erwarten als bei Bundestagswahlen. Die Partei wurde vor allem als Partei wahrgenommen, die Ungerechtigkeiten benennt, darauf aber mit unrealistischen Forderungen reagiert, also zur Problemlösung wenig beizutragen hat. Inwieweit dies bewusst als Mangel an einer plausiblen Durchsetzungsstrategie für die eigenen Forderungen wahrgenommen wurde, bleibt offen.
 6. Das Landesvater-Image des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck trug bis weit in die eigene Anhänger/-innenschaft der LINKEN hinein Früchte. Von den LINKEN-Anhänger/-innen vertraten 85% die Auffassung, er mache seine Arbeit gut – so viele wie bei keiner anderen Partei außer der SPD-Anhänger/-innenschaft. Dies machte es der LINKEN jedoch schwer, gegen den beliebten Beck und die auf Beck fokussierte und von ihm überstrahlte SPD Wahlkampf zu machen. Hinzu kam, dass einige Plakate der LINKEN (Bildung) kaum von denen von SPD und Grünen zu unterscheiden waren. Kurz: Warum DIE LINKE als linke Oppositionskraft unbedingt in den Landtag von Rheinland-Pfalz müsse, konnte sie selbst nicht hinreichend vermitteln. Stimmen die Umfragezahlen, so wollten die Rheinland-Pfälzer der SPD zwar einen Denkmittel verpassen, aber zugleich Kurt Beck in einer Koalition behalten. Gewollt war also ein kleiner Regierungswechsel unter fortbestehender Führung der SPD. Als Koalitionspartner sah sich DIE LINKE selbst nicht vor und wurde auch nicht als solche gesehen. So lief es erneut auch hier auf die Grünen zu. Diese profitierten wiederum von der Verbindung des Bundes-„Trends“ und landespolitischen Konstellationen. Anders als in Baden-Württemberg gründet sich die aktuelle landespolitische Stärke nicht auf einer gestandenen mehrjährigen landespolitischen Arbeit. In Rheinland-Pfalz wurden kaum durchschlagene landespolitische Gründe ins Spiel gebracht, warum DIE LINKE unbedingt im Landtag sein sollte.
 7. Inwieweit die notorische Zerstrittenheit des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der LINKEN als ein Bestimmungsgrund der Wahlniederlage eine Rolle spielte, wird sich in der Außenwirkung kaum messen und ermessen lassen. Allenfalls der Unterschied in der Mobilisierung von Bundestagswähler/-innen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ließe sich als empirischer Hinweis anführen – er ist aber nicht so groß, dass er das Scheitern an der Sperrklausel erklären würde. Allerdings dürfte die Lage des Landesverbandes in der Binnenwirkung nicht wahlkampffördernd gewesen sein und hat vermutlich Multiplikator/-innen in Gewerkschaften und Verbänden auch nicht ermuntert, die Wahl der LINKEN zu empfehlen.
 8. Alle Umfragen zeigen, dass der Einzug in den Landtag von Rheinland-Pfalz zu jeder Zeit eine fragliche Angelegenheit gewesen ist. In den letzten zwei Wochen vor der Wahl, als das Interesse an der Wahl nochmals deutlich anstieg, wurde DIE LINKE bei allen Instituten nur noch mit 4% gewichtet. Während bei anderen Wahlen der Anteil der „Kurzentschlossenen“, die sich für DIE LINKE entschieden, oftmals überdurchschnittlich hoch war, waren es jetzt nur durchschnittliche 3%.
 9. In Baden-Württemberg ist DIE LINKE an einem ausgeprägten politischen Wechselklima gescheitert. Sie hatte ihre Wähler/-innenschaft insbesondere in denjenigen sozialdemokratischen Milieus gefunden, die angesichts der Agenda 2010-Politik mit der SPD gebrochen hatten. Zwar gibt es kaum Anzeichen, dass nun in Größenordnungen eine Rückwanderung zur Landes-SPD stattgefunden hätte, wohl aber dafür, dass eine erhebliche Zahl zu den Grünen gewechselt ist. Vor allem gibt es aber Indizien dafür, dass

- Bundestagswähler/-innen der LINKEN nicht in ausreichendem Maße mobilisiert werden konnten, in dieser für die politischen Verhältnisse Baden-Württembergs nach 57 Jahren CDU-Dominanz für die LINKE zu stimmen. Ein Anteil von 55-60% der Bundestagswähler/-innen der LINKEN, wenn NRW als Maßstab gelten kann, hätten für einen sicheren Einzug in den Landtag in Stuttgart mobilisiert werden müssen. Allein ein Anteil von nur 35% konnte zum Urnengang für die LINKE im Land bewegt werden.
10. Die Frage ist also, warum bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung DIE LINKE eine unterdurchschnittliche Wählermobilisierung gelingt. Vordergründig können taktische Gründe angeführt werden: Um den Wechsel herbeizuführen, konnte man eine Mehrheit für Schwarz-Gelb verhindern, in dem man DIE LINKE in den Landtag wählte - oder man konnte eine neue Mehrheit wählen. Je näher der Wahltermin rückte, um so realistischer wurde diese Variante. Für potentielle LINKE-Wähler/-innen, die mit ihrer Stimme Einfluss nehmen wollten, die also auf jeden Fall Schwarz-gelb verhindern wollten, erwies sich mehr und mehr die taktische Option, SPD oder Grüne zu wählen, als erfolgversprechend. Dass eher grün gewählt wurde, konnte ein Hinweis darauf sein, dass der Bruch mit der Sozialdemokratie tiefer ist, und bei der Dominanz von Themen der Umwelt-, Energie- (und Verkehrspolitik) eher der Weg zum grünen Original gegangen wird,
 11. Je näher der Wahltag rückte, desto wahrscheinlicher wurde es, erstmals einen grünen Ministerpräsidenten zu wählen. Diese Entwicklung dürfte bei der vorhandenen Wechselstimmung eine nicht unbeträchtliche Sogwirkung entfaltet haben. Das gute Abschneiden der Grünen auch unter Arbeitslosen zeigt, dass der grüne Kandidat für Angehörige aller Schichten wählbar gewesen ist. Dahinter verbirgt sich mehr als Tagesaktualität. Die Grünen stehen in Baden-Württemberg, dem Land von Daimler, Bosch, der deutschen Maschinenbau-Exportindustrie für einen alternativen industriepolitischen Weg und punkten über die „Green New Deal“ auch bei Themen wie Wirtschaft und Arbeitsplätzen, Mittelständlern, Handwerkern, Arbeitslosen usw.
 12. Während die Grünen in Baden-Württemberg von der Erosion der CDU profitieren und zugleich sozialdemokratische und linke Wähler/-innen für sich gewinnen konnten, ist der LINKEN der Zugang zu den katholisch-sozialen Arbeitnehmer-Schichten bisher nicht gelungen. Aus diesem Grunde verliert sie in einer zugespitzten Wechsel-Situation an wahltaktischem und konstellationstaktischem Gebrauchswert. Wolfgang Kretschmann hat am Wahlabend geäußert, der grüne Wahlerfolg sei das Ergebnis von dreißigjährigem Bohren harter Bretter. Das ist sicherlich übertrieben, aber für die Periode ab 1992 nicht unzutreffend. Mit schnellen Erfolgen wird auch DIE LINKE nicht mehr rechnen können.

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung²⁴ und die Mobilisierungsfähigkeit der Parteien

Die Analyse der Wähler/-innenwanderung von Infratest dimap zeigt, dass die alleinregierende SPD vor allem an die Grünen und in geringerem Maße auch an DIE LINKE und andere Parteien Stimmen verloren hat. Dem stehen Gewinne von der CDU, der FDP und von den Nichtwählern gegenüber. Im direkten Vergleich der Beck-SPD gegen die Klöckner-CDU gewinnt die SPD wie bereits bei den Vorwahlen, in diesem Fall immerhin 34.000 Stimmen. Zugleich zieht sie ehemalige FDP-Anhänger und Nichtwähler.

DIE LINKE gewinnt Stimmen von SPD, CDU, FDP und Nichtwählern, verliert aber an Grüne und an andere Parteien.

Wie in Baden-Württemberg sind auch in Rheinland-Pfalz die Nichtwähler eine äußerst heterogene Gruppe und weit davon entfernt, eine „Partei“ zu bilden. Offenbar kann die CDU hier ehemalige enttäuschte Wähler wieder gewinnen genauso wie die SPD.

Die Grünen gewinnen von allen Parteien stimmen, jedoch mehr als die Hälfte von der SPD. Der Zugewinn von CDU und FDP ist anteilmäßig deutlich niedriger als im benachbarten Baden-Württemberg.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen (in Tsd.)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Nichtwähl.	Andere
CDU	-	-34.000	-12.000	30.000	-2.000	30.000	8.000
SPD	-34.000	-	-81.000	12.000	-8.000	21.000	-10.000
FDP	-30.000	-12.000	-12.000	-	-1.000	-6.000	-6.000
Grüne	12.000	81.000	-	12.000	4.000	41.000	7.000
LINKE	2.000	8.000	-4.000	1.000	0	6.000	-2.000
Nichtwähl.	-30.000	-21.000	-41.000	6.000	-6.000	-	-0
Andere	-8.000	10.000	-7.000	6.000	-2.000	0	-

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / Lesehilfe: In Zeile fünf ist ablesbar, dass DIE LINKE von der CDU 2000 Stimmen gewonnen hat und von der SPD 8000, zugleich aber 4000 an die Grünen verloren hat.

Die Ermittlung der Verankerung der Parteien unter den Wahlberechtigten erfordert die Beantwortung der Frage, in welchem Ausmaß die Parteien frühere Wähler/-innen wieder mobilisieren konnten.

Jenseits der Wanderungsbilanzen zeigt das Verhältnis der aktuellen Stimmen zu den Vorwahlstimmen die Fähigkeit der einzelnen Parteien, im aktuellen Wahlkampf ihr Potential in Stimmen umzumünzen. Verglichen wird jeweils die Zahl der aktuellen Stimmen der Landtagswahl mit der vorausgegangenen Bundestagswahl. Ihr Verhältnis bildet den Mobilisierungsgrad.

²⁴ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

Tabelle: Mobilisierungsgrad

	LTW06/BTW05	LTW11/BTW09
Wahlbeteiligung	73,8%	85,4%
CDU	65,4%	85,8%
SPD	97,2%	128,0%
Grüne	47,1%	136,0%
FDP	50,5%	21,8%
LP/WASG/LINKE	33,9%	29,3%
Sonstige	119,9%	93,6%

Quelle: hkahrs 2011

Eine Partei, deren Prozentzahl über derjenigen für die Wähler/-innenzahl/Wahlbeteiligung liegt, konnte gut mobilisieren, diejenige, die unter dem Durchschnitt der Veränderung der Wählerzahl liegt, konnte schlecht für sich mobilisieren.

Aktuell konnten SPD und Grüne mehr Anhänger als bei der Bundestagswahl mobilisieren, FDP und LINKE dagegen deutlich weniger.

Der aktuelle Mobilisierungsgrad der Partei DIE LINKE. entspricht in etwa demjenigen der Vorwahl. In Baden-Württemberg liegt er aktuell bei 35,8%. Vor einer Woche in Sachsen-Anhalt machten die Landtagswahlstimmen für die Linke 60,2% der Stimmen bei der Bundestagswahl aus. Bei der Landtagswahl im Mai 2010 in NRW waren es etwa 55%. Für Hamburg lässt sich wegen des veränderten Wahlrechts kein sinnvoller Vergleich vornehmen.

Tabelle: Anteile in v.Hundert der Wahlberechtigten

	BTW05	LTW06	BTW09	LTW11
Wahlbeteiligung	78,7%	58,2%	72,0%	61,8%
CDU	28,5%	18,7%	24,7%	21,3%
SPD	26,7%	26,0%	16,8%	21,6%
Grüne	5,6%	2,6%	6,8%	9,3%
FDP	9,0%	4,6%	11,7%	2,6%
LP/WASG/LINKE	4,3%	1,5%	6,6%	1,9%
Sonstige	3,0%	3,7%	4,0%	3,7%

Quelle: hkahrs 2011

Gegenüber der vorhergehenden Landtagswahl (WASG) gewann DIE LINKE rund 15.000 (Lands-)Stimmen hinzu (+33,9%), während die SPD 132.700 Stimmen verlor (-16,6%). Anders als bei früheren Wahlen profitierte DIE LINKE von diesen Verlusten der SPD kaum. Die Mehrzahl ging zu den Grünen. Gemessen an dem Bundestagswahlergebnis stellt das Ergebnis von 3,0% eine herbe Enttäuschung dar.

b) Regionale Merkmale des Wahlergebnisses

Die nachfolgende Übersicht stellt dar, wie die Parteien in Gebieten mit unterschiedlich hohem Grad an Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsdichte und Wahlbeteiligung abgeschnitten haben. Leider standen diese Daten von Infratest-dimap bis zum Redaktionsschluss dieses Wahlnachtberichtes nicht zur Verfügung und werden deshalb im Verlauf der kommenden Tage nachgetragen.

Partei	Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
LINKE			
Partei	Wahlbeteiligung in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
LINKE			
Partei	Einwohnerdichte in diesem Gebiet		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
LINKE			

Quelle: [http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/logi-\(...\).shtml](http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/logi-(...).shtml)

c) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses

Tabelle: Wer wähle wen? Vergleich von Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen

	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
Forschungsgruppe Wahlen					
Frauen	36	36	17	3	3
Männer	36	34	14	5	4
<i>Alter</i>					
unter 30	32	26	19	5	5
30-44	31	33	20	4	4
45-59	37	31	19	4	4
60 u. älter	40	45	6	4	3
<i>Beruf</i>					
Arbeiter	42	30	11	3	6
Angestellte	38	32	18	3	3
Beamte	26	45	19	5	2
Selbständige	22	45	17	9	3
<i>Bildung</i>					
Hauptschule	44	37	7	3	4
Mittlere Reife	37	34	15	3	3
Abitur	33	30	24	4	4
Hochschule	25	36	26	7	2
Infratest Dimap					
Frauen	37	36	17	3	2
Männer	35	34	14	5	4
<i>Alter</i>					
18-24	32	25	21	4	3
25-34	30	30	19	5	4
35-44	32	31	21	4	3
45-59	36	31	19	4	3
60 u. älter	40	45	7	4	4
<i>Status/Beruf</i>					
Arbeiter	44	28	11	3	6
Angestellte	34	31	20	4	3
Selbständige	20	42	17	9	4
Rentner	40	44	8	4	2
Arbeitslose	37	33	9	2	14

Quelle: tagesschau.de, zdf.de 27.03.2011 / h.kahrs 2011

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

<http://wahlanalysen.wordpress.com>

Die Wahlanalysen können zudem unter www.benjamin-hoff.de abgerufen werden.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er arbeitet derzeit für DIE LINKE als Staatssekretär Senat von Berlin. Er lebt zugleich in Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 27./28. März 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *